

blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Gute Chancen für größere Sporthalle

Antrag der DKP/OL bringt Bewegung

Seit Mitte des Jahres 2001 ist wegen des Um- und Neubaus der Bürgermeister-Klingler-Schule auch die dort vorhandene kleine Schulturnhalle im Gespräch. Bald war klar, dass diese, wegen der hohen Sanierungskosten abgerissen und durch eine neue Einfeldhalle ersetzt wird. Da das Grundstück aber auch den Bau einer Zweifeld-, evtl. sogar einer Dreifeldhalle zulässt und aus den Vereinen immer mehr Bedarf an Hallenplätzen angemeldet wurden, ja in einigen Abteilungen Aufnahmestopp herrschte, war die Stadt gefragt, hier eine Lösung zu finden, d.h. sich mit dem Kreis als Schulträger, in Verbindung zu setzen. Geschehen ist inzwischen nichts.

Seit Juni 2002 bemüht sich die DKP-Mörfelden-Walldorf u. a. mit Berichten im „blickpunkt“, über die Situation und über die Engpässe bei der Vergabe von Hallenzeiten an die Vereine um Aufklärung.

Mehr als andere Fraktionen hat sich die DKP/OL im Stadtparlament, bedingt durch ihre Erfahrungen und Verbindungen vor Ort, für mehr Sportflächen eingesetzt. Mit zwei Anträgen der Fraktion, im Dezember 2002 und April 2005, die das Parlament einstimmig beschloss, wurde der Magistrat und somit der Bürgermeister aufgefordert, in dieser Sache tätig zu werden. Beide Seiten, der Kreis und die Stadt, verhielten sich mit Blick auf ihre leere Kassen, in den vergangenen zwei Jahren äußerst zurückhaltend. Bürger-

meister Brehl hatte nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub Anfang April dieses Jahr nur eine Antwort auf die Initiative: „Der Wahlkampf naht“. Er verwies lediglich noch auf die angespannte Haushaltslage. Wenige Tage später signalisierte er jedoch Gesprächsbereitschaft mit der SKV und will sich nun doch für den Bau einer größeren Halle einsetzen. Auch die SKV ist unter bestimmten Bedingungen bereit, sich finanziell zu engagieren. Es ist zu hoffen und für alle Hallensporttreibenden in dieser Stadt zu wünschen, dass bei den Gesprächen zwischen Kreis, Stadt und SKV eine für alle tragbare Lösung gefunden wird.

Heinz Hechler

Müntefering kritisiert das Kapital
Kommt noch was nach?

Müntefering hat mit seinen Thesen eine heftige Diskussion über die jüngste Etappe des sich austobenden Kapitalismus ausgelöst. Allerdings hat der Bundeskanzler bereits erklärt, dass die Grundlinie seiner kapitalfreundlichen Politik nicht geändert wird. Heute wird die Kapitalismusmaschine durch einen Turbo angetrieben. Das sind die milliardenschweren Finanzfonds vor allem aus den USA, die das ihnen anvertraute Geldkapital zum Kauf von Unternehmen oder für Beteiligungen einsetzen. Ziel ist es, in kürzester Frist hohe Profitraten zu erzielen. Dazu werden die Unternehmen filetiert und die Sahnestücke profitabel weitergeführt oder nach einiger Zeit gewinnbringend verkauft. Die Liste der Beispiele für die Ausquetschung der produktiven Unternehmenssubstanz ist mittlerweile lang. Protest und Widerstand gegen diese Politik ist überfällig. Die Deutsche Bank steigert ihren Profit um 50 Prozent - 6500 Kolleginnen und Kollegen werden entlassen. Die Banken und Konzerne schwimmen im Geld und feuern die Belegschaften im Tausenderpack. Die Bundesregierung honoriert die Verlagerung von Arbeitsplätzen in Niedriglohnländer mit Steuersubventionen. Die Kluft zwischen Reich und Arm, zwischen oben und unten wird immer größer. Die Unternehmer haben sich von der Sozialpartnerschaft verabschiedet. In dieser Zeit lohnt es sich, über Sozialismusvorstellungen nachzudenken und dafür zu streiten. rh



**Alle reden vom
Kapitalismus.
Wir tun was dagegen.**

DKP

Im Internet
www.dkp-mw.de
gibt es das
„Kommunistische Manifest“

Anklicken + Lesen

„Bezirksnaturschutz“

Die Anfrage der DKP/OL nach dem „Kahl-schlag“ im Wald an der B 486 wurde von Reinhard Ebert („Gebietsbeauftragter im Bezirksnaturschutzbeirat beim Regierungspräsidium Darmstadt“) beantwortet.

Offenbar wollte die Firma Mitteldorf den Wald roden. Da dies im öffentlichen Interesse als nicht genehmigungsfähig erschien, hatte Ebert selbst „einen Umbau der Waldfläche auf eine Parkwaldung“ empfohlen. Dazu sei laut RP kein Genehmigungsverfahren notwendig. Weiter führte Ebert aus, die Firma Mitteldorf habe zukünftig dafür zu sorgen, „dass dort der lichte Parkwaldcharakter erhalten bleibt. Ökologisch sind Parkwaldflächen besonders wertvoll. Auch aus der Sicht des Landschaftsbildes und der Bestandsstabilität ist die Umbaumaßnahme zu begrüßen.“

Bürgermeister Brehl bestätigte, dass die Stadt in diesem Verfahren nicht beteiligt wurde. Er habe dafür kein Verständnis. Wir stellen fest, dass das Forstamt und das RP dem „Privatinteresse“ der Firma Mitteldorf so weit wie möglich entgegengekommen sind. Wir bezweifeln, dass weniger Bäume ökologisch besonders wertvoll sind und ein Landschaftsbild mit freiem Blick auf Abfallcontainer und Müllfahrzeuge zu begrüßen ist.

Wir fragen uns allmählich, wer den Wald vor dieser Art „Naturschutz“ schützt. GS

Anfrage an Radio Eriwan

Wir fragten den Magistrat: Stimmt es, dass in dem Waldstück zwischen der B 486 und dem Betriebsgelände der Firma Wagner Entsorgung etliche Bäume gefällt worden sind und das gesamte Unterholz entfernt wurde? Steht dieser Kahl-schlag im Zusammenhang mit der zukünftigen Nutzung des Betriebsgeländes? Für den Magistrat der Stadt Mörfelden-Walldorf hat Radio Eriwan diese Frage mit „im Prinzip nein“ beantwortet, und zwar so:

„Aufgrund der Trockenheit des Jahres 2003 hatte insbesondere der Buchenüberhalt erhebliche Zopfrocknis. Seitens des Forstamtes kam daher der Vorschlag, den verkehrsunsicheren Überhalt zu entnehmen und den Unterbau umzubauen auf einen lichten Eichenbestand. Insofern ist hier kein Kahlschlag vorgenommen worden, sondern es handelt sich um eine Waldumbaumaßnahme, die mit dem Ziel einer standortgerechten Eichenbestockung vorgenommen wurde (...), mit der Maßgabe, dass dort der lichte Parkwaldcharakter erhalten bleibt. Ökologisch sind Parkwaldflächen besonders wertvoll.“

Welch wundervoller Wortschwall, der nur die einfache Tatsache bemänteln soll, dass man einen Haufen Bäume gefällt hat, den gesamten Waldbodenbewuchs gerodet hat, Natur zerstört hat und damit einem Privatunternehmer gefällig gewesen ist, der ohnehin mit Umwelterstörungen in Zusammenhang steht. Apropos Parkwald: Dem Vernehmen nach hat ein bekannter Autohersteller ein Auge auf das Betriebsgelände geworfen. Was der im lichten Parkwald wohl parken wird? Der wird den letzten Satz so lesen: „Ökonomisch sind Waldparkflächen besonders wertvoll“.

Aber alles hat auch sein gutes: Der kahlgeschlagene Wald verdeckt nichts mehr. Durch den nicht mehr vorhandenen Waldstreifen kann man schon von der Bundesstraße aus die riesige Müllhalde sehen. Es kann für den Vorbeifahrenden keine Illusionen mehr geben: der Wald um Mörfelden ist in höchster Gefahr, Stück um Stück beschädigt und zerstört zu werden.

PS: Radio Eriwan erreichen Sie unter der Deckadresse „Gebietsbeauftragter des Bezirksnaturschutzbeirates beim Regierungspräsidium Darmstadt“ Die Anschrift ist der Redaktion bekannt.



Warnstreik in der Societäts-Druckerei

Die Societäts-Druckerei in Mörfelden und Frankfurt gehört zu den großen und modernen Druckbetrieben. 950 Betriebsangehörige stellen u. a. die „Frankfurter Allgemeine“, die „Frankfurter Neue Presse“, „Die Zeit“, die „Börsenzeitung“, aber auch das Rechtsaußenblatt „Junge Freiheit“ her. Vor den Portalen der Druckerei in Mörfelden standen Streikposten. Vie-

le Presserzeugnisse erschienen in „Notausgaben“ und ohne Kommunalseiten. Während über 200 streikende Arbeiter zwei Tage lang rund um die Uhr vor den Toren standen, bastelten drinnen Abteilungsleiter und leitende Angestellte an reduzierten Streikbrecherausgaben der „Wochenend-FAZ“ und der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“.

Der Grund für die Kampfmaßnahmen der Belegschaft: Nach zwölf Verhandlungsrunden über einen neuen Manteltarifvertrag für die Druckindustrie und die Papierverarbeitung haben sich die Arbeitgeber inhaltlich nicht bewegt. Sie beharren, auf Öffnungsklauseln, die in den Betrieben Verlängerungen der Wochenarbeitszeit und die Reduzierung oder Streichung von Urlaubs- und/oder Weihnachtsgeld ermöglichen sollen. Und sie drohen damit, dass es überhaupt keinen Flächentarifvertrag mehr geben könnte, wenn ver.di nicht nach ihrer Pfeife tanzt. Diesmal geht es - anders als in früheren Tarifrunden - nicht um ein paar Lohnprozente, sondern um 20, 25 oder noch mehr Prozent des Einkommens. Denn die organisierten Druck- und Medienunternehmer wollen die im Manteltarifvertrag festgehaltenen Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Angestellten streichen und dabei die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich von 35 Std. auf 40 Std. verlängern.

Gemeinsam gegen den Flughafenausbau

Luftfahrtlobby lobt rot-grüne Militärpläne

Die deutsche Luft- und Raumfahrt befindet sich im Steigflug. Kein Wunder, denn immer mehr Flugzeuge heben zu Spottpreisen von immer mehr Flughäfen ab. Zudem sind Bundeswehr und andere europäische Armeen treue Kunden für teure Militärtechnik.

Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrt (BDLI), Rainer Hertrich, konnte beim Jahresrückblick 2004 in Berlin Studienergebnisse präsentieren, nach denen in den nächsten Jahren die Passagierzahlen im Luftverkehrsmarkt weltweit jährlich um fünf Prozent wachsen sollen. Nach einer Marktstudie von Airbus werden die Fluggesellschaften weltweit zwischen 2004 und 2023 mehr als 17.300 neue Passagier- und Frachtflugzeuge im Wert von 1,9 Billionen Dollar benötigen. Ihre Anzahl wird sich damit in etwa verdoppeln. Auch im militärischen Bereich seien Aussichten „sehr gut“. Ende 2004 haben die am Eurofighter beteiligten Nationen Deutschland, Großbritannien, Italien und Spanien die zweite Tranche des Mehrzweck-Kampffluggesellschaft beschlossen. 16 Milliarden Euro werden für den Bau von 235 weiteren Maschinen fließen. Zum anderen begann Anfang dieses Jahres die Produktion des ersten A400M, eine EU-Gemeinschaftsentwicklung eines taktischen Militärtransporters mit großer Reichweite. Für das 18,2 Milliarden Euro schwere Programm hatte sich insbesondere die Bundesrepublik stark gemacht.

In diesem Jahr wird die Branche außerdem von den militärischen Hubschrauberprogrammen Tiger und NH90 profitieren. „Gerade die Hubschrauber haben alle Chancen, sich zum Exportschlager zu entwickeln“, freute sich der Industrieboss. Er lobte ausdrücklich Verteidigungsminister Struck für die Transformation der Bundeswehr. „Der Umbau der Streitkräfte zu einer Armee im Einsatz ist richtig und unumgänglich, um unsere Sicherheit angesichts neuer Bedrohungen zu verteidigen“, meinte der Waffenlobbyist. Die leichte Steigerung des Rüstungsetats auf 24,7 Milliarden Euro im nächsten Jahr hält der BDLI für zu gering. Nach seinen Angaben stieg

Der Moloch frisst wieder

Der Moloch Flughafen verleiht sich einmal mehr Arbeitsplätze aus der Nachbarschaft ein.

Der texanische Computer-Konzern DELL zieht voraussichtlich im August mit seiner Deutschland-Zentrale von Langen in das sogenannte „Main-Airport-Center“ am Flughafen.

DELL wollte, so Langens Bürgermeister Pitthan (SPD), aus dem bisher genutzten Gebäude im Langener Monza-Park raus, weil es nicht klimatisiert ist. Dem Unternehmen wurden drei Angebote unterbreitet, innerhalb von Langen umzuziehen.

Die Airport-Manager waren mit einem besseren Angebot zur Stelle: zwei Jahre mietfrei und danach eine Miete von 8 EUR pro qm in ein Gebäude, das seit seiner Fertigstellung vor etwa zwei Jahren weitgehend leer gestanden hatte. Laut „Frankfurter Rundschau“ zählt DELL in Langen 540 Beschäftigte.

Im FR-Wirtschaftsteil hieß es, dass in dem „Main-Airport-Center“ laut DELL rund 600 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz haben werden. „Zur deutschen Niederlassung zählen 650 Arbeitnehmer in Langen“, hieß es weiter.

„Der weltweit größte Personalcomputer-Hersteller DELL will sein Geschäft in Deutschland deutlich ausbauen“.

Wie so oft: im Umland verschwinden die Arbeitsplätze und die Fraport gibt an, sie schaffen welche.

der Branchenumsatz 2004 um 300 Millionen Euro auf 16 Milliarden Euro. Und er wird weiter steigen: Der Verband rechnet in diesem Jahr mit einem Umsatzrekord. Allerdings profitieren die Beschäftigten kaum von dem Boom. Ihre Anzahl ging 2004 um 1,3 Prozent auf 69 300 zurück. Der Vertreter der Luft- und Raumfahrt-Industrie plädierte für weitere Ausrüstung. Das sei auch ein Thema der Sicherheit. Beispielsweise für eine Führungsfähigkeit des Militärs, das in der Lage ist, die Anforderung der netzwerkzentrierten Kriegsführung zu erfüllen. Das seien unverzichtbare Forderungen,

So leise ist er dann doch nicht

Mitglieder des Vereins „Gegen die schädlichen Auswirkungen des Luftverkehrs“, zugleich Anwohner des Flughafens Toulouse-Blagnac, teilten auf einer Pressekonferenz durch ihre Präsidentin ernsthafte Bedenken nach Eingang der Lärmwerte mit, die beim ersten Start des Airbus A-380 am 27. April gemessen wurden. Die Bedenken gründen sich auf akustische Messungen, die bei Start und Landung durchgeführt wurden. Mit Lärmwerten von 88,5 bis 103 Dezibel sei der Lärm für Anwohner „sehr beunruhigend“. „Als höchster Lärmpegel wurden 103 Dezibel registriert, nachdem das riesige Flugzeug auf der Landebahn aufsetzte und die Schubumkehr aktiviert wurde“, präzisierte die Mitteilung. Beim Start des A-380 wurden maximal 88,5 Dezibel gemessen - bei der Landung ein Niveau von 96 Dezibel erreicht – obwohl das Flugzeug kaum beladen war. Die Anwohner wiederholten außerdem ihre Forderung nach einer „Regelung der Versuchsflüge in Bezug auf die Begrenzung von Lärm-Emissionen und Anzahl der lauten Verfahren“. Die Messungen wurden von zwei Akustikexperten des Vereins „Advonar“ durchgeführt. Advonar ist ein Zusammenschluß von Anwohnern des Flughafens Roissy. Um verlässliche Lärm-Daten des Fluges zu erhalten, benutzten die beiden Abgesandten dieselben Meßgeräte wie sie auch am Pariser Flughafen Verwendung finden.

um die eigenen Truppen im Ausland und das eigene Land vor Terrorismus zu schützen, so Hertrich. Nach Abschluss der Forderungsliste an die Bundesregierung verwarfte sich der BDLI-Chef gegen Ansprüche des Staates an die Branche. Um deren Wettbewerbsfähigkeit „nicht weiter zu verschlechtern“, forderte Hertrich den völligen Verzicht auf eine nationale oder europäische Kerosinsteuern. „Die Umwelt schützt man nicht, indem man die Gewinne beschneidet“, erklärte der Verbandspräsident. Noch Fragen? Das alles wird kommen, wenn sich nicht mehr Widerstand entwickelt.

Bürgermeister will Spielgeräte verlegen

Ein CDU-Antrag, die Spielgeräte auf dem Spielplatz im Wohngebiet Plassage/Lange Äcker zu versetzen, wurde vom Stadtparlament mehrheitlich abgelehnt. Auch von der SPD. Der Bürgermeister will sie aber doch versetzen, obwohl er sagt, die Verwaltung hat im Vorfeld alles richtig gemacht. Was eine etwaige Umgestaltung des Spielplatzes kostet, der gerade erst fertiggestellt wurde, konnten auf Nachfrage der DKP/OL weder der Bürgermeister noch der Erste Stadtrat sagen. Klaus Müller, früher mal ein ganz linker Gewerkschafter, nannte die Vorschläge des Bürgermeisters „weise, vernünftig und gut“. Wie sich ein Mensch als SPD-Mitglied verändert.

SPD/FDP für Planung ohne KuBa

SPD und FDP wollen eine Vorplanung für weitere Nutzungsmöglichkeiten des Mörfelder Bahnhofs. Die DKP/OL hält es für selbstverständlich und geboten, derartige Planungen frühzeitig mit den Betreibern des „Kulturbahnhofs“ zu erörtern, um denkbare „Unverträglichkeiten“ im Vorhinein zu vermeiden. Das lehnen SPD und FDP ab. Auch in diesem Fall wollen die „Verwaltungsparteien“ wieder erst hinterher mit den „Betroffenen“ sprechen. Vielleicht denken sie ja noch mal drüber nach.

Geht doch

Im Dezember wurde der Antrag der DKP/OL-Fraktion, den Gehweg „Am Alten Gerauer Weg“ baldmöglichst zu sanieren, von SPD und FDP abgelehnt. Jetzt wurde er aber trotzdem ausgebessert. So hat unsere Initiative im Interesse der Fußgänger, die diesen Weg zum Mörfelder Friedhof benutzen, doch was bewirkt.

P.S.: Vielleicht wird ja auch die Bahnhofstraße demnächst noch durchgängig als Tempo-30-Zone ausgewiesen. Laut Bürgermeister Brehl müsste dazu nur ein Verkehrsschild „umgehängt“ werden.

Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten

Da gibt es also eine europaweite Initiative, die heißt „Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten“. SPD und FDP wollen, dass der Magistrat nur den Schulen diese Initiative schmackhaft macht. Und im Hinterkopf haben die Antragsteller bezeichnenderweise Kosteneinsparungen bei der Busfahrt zur Bertha-von-Suttner-Schule. Grüne und CDU haben dem Änderungsantrag der DKP/OL zugestimmt, auch die Kindergärten zu informieren. Der Auftrag an den Magistrat „zu prüfen und zu berichten, wie eine Beteiligung der Stadt Mörfelden-Walldorf am „Europaweiten autofreien Tag“ aussehen könnte“ - auch dafür wirbt die o.g. Initiative - ging SPD/FDP und CDU zu weit. Schade eigentlich.

Keine Hubschrauber-schwebeflüge in unserer Gemarkung

Einstimmig hat die Stadtverordnetenversammlung einen Änderungsantrag der DKP/OL-Fraktion beschlossen, in dem es heißt: „Die Stadtverordnetenversammlung fordert das Regierungspräsidium ausdrücklich auf, die Verlagerung von Hubschrauberschwebeflügen auf ein Gelände in der Gemarkung Mörfelden-Walldorf nicht zu genehmigen.“ Nach Auskunft des Magistrats sei die vom RP gesetzte Frist für eine Stellungnahme gewahrt.

Demnächst „Flexible Betreuung“

Die Verwaltung legte dazu einen Zwischenbericht vor. Ab dem nächsten KITA-Jahr soll ein „Probelauf“ zeigen, wie eine an „Modulen“ in der Zeit von 7 bis 18 Uhr orientierte Betreuung in den KITAs angenommen wird. Die DKP/Offene Liste betrachtet den vorliegenden Bericht als annehmbares Zwischenergebnis und die Beschlussvorlage als weitgehend akzeptable Grundlage für eine Probe-phase. Einschränkend erklärten die DKP/OL-Vertreter dazu in den Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung: Die DKP/OL hält es gerade unter den geänderten Bedingungen auch weiterhin für wichtig, dass die sinnvollen und notwendigen Dienstbesprechungen des Betreuungspersonals an einem festen Tag in der regelmäßigen Arbeitszeit stattfinden. Deshalb lehnen wir die Streichung der seither dafür genutzten Zeit ab. Wir erwarten, dass etwa entstehender höherer Personalbedarf im weiteren Projektverlauf zur flexiblen Betreuung erörtert und nicht im Vorhinein ausgeschlossen wird, dass mehr Personal gebraucht werden könnte. Für das Thema „Benutzungsgebühren“ gilt: Wir wollen niedrigere Gebühren in den Kindergärten bis hin zum „Nulltarif“ für diese Einrichtungen mit einem eigenständigen Bildungsauftrag. Die DKP/Offene Liste erwartet, dass der „Projektbeirat“ zukünftig laufend informiert und in die Beratungen einbezogen wird. Sollte dies seitens der Verwaltung nicht möglich oder erwünscht sein, ist der Beirat überflüssig.

Radweg an der B44?

Mörfelden-Walldorf ist keine radfahrerfreundliche Stadt. Wer in der näheren oder weiteren Nachbarschaft unterwegs ist, stellt fest, dass andernorts mehr für die Radfahrer getan wird. Seit Jahrzehnten gibt es das Verlangen, entlang der B44 zwischen den beiden Ortsteilen einen Radweg zu bauen. Die Bundesstraßenverwaltung ist dafür zuständig. Doch die Stadt hat bisher wenig Initiative gezeigt Druck, zu erzeugen.

Nun scheint sich endlich etwas zu bewegen. Die Straßenbauverwaltung hat Vermessungen durchgeführt. Es war zu hören, dass ein Radweg gebaut werden soll. Doch er soll auf die östliche Straßenseite (gegenüber der Baumreihe). Das bedeutet aber, dass die meisten Radler zweimal die vielbefahrene Straße überqueren müssten. Und das ist wieder ein Gefahrenpunkt. R. D.



Stadtrundgang

Der DGB und das Mörfelder Heimatmuseum hatten zum Jahrestag des Kriegsendes einen historischen Stadtrundgang organisiert.

In zwei Gruppen gingen insgesamt 100 Menschen zu verschiedenen Orten, die vom Ende des Zweiten Weltkrieges in Mörfelden erzählen.

Edimund Dammel, Heinz Hechler (Foto), Ernst Schulmeyer, Rudi Hechler und die Museumsleiterin Cornelia Rühlig berichteten über die Zeit des Faschismus und das Kriegsende.

Die Lehrerin Irmtraud Achenbach las aus einem historischen Brief vor, den Luise Hechler einst schrieb: „Wir hoffen, dass der Krieg bald aus ist und wir uns wiedersehen.“



8. Mai 2005

Gedenkfeier am Gedenkstein des KZ-Außenlagers. Herbert J. Oswald berichtete: Es war 1972, als Aleks, Gerd und ich standen vor der Lagerkarte im KZ Buchenwald - eine Markierung zeigte Walldorf. Das war vor 33 Jahren - Entsetzen, Unmut ja sogar Zorn wurde uns in jener Zeit entgegengebracht - „lasst die Finger davon“ - „wühlt nicht in alten Wunden“... Heute erinnern der Gedenkstein, ein Lehrpfad, Peter Härtlings „Kalendergeschichte“, der Film „Die Rollbahn“ von Eva Voosen und Malte Rauch, sowie eine Homepage (www.KZ-Walldorf.de) an dieses Lager. Für die „Entdecker“ legte Gerd Schulmeyer, für den DGB Georg Germann Gebinde nieder. „Nie wieder Krieg - Nie wieder Faschismus“



1. Mai 2005

Demonstration zum Bürgerhaus Mörfelden. Bei der anschließenden Kundgebung sprach Volkmar Heusel (IGM). In Diskussionen wurde danach oft gefragt, ob die Forderungen von Franz Müntefering ernst zu nehmen seien. Mehrheitlich kam man zum Schluß: Die SPD muss endlich ernst machen mit der Kapitalismus-Kritik, ehe davon nur noch hohles Geschwätz übrig bleibt. Wir haben fünf Millionen Arbeitslose, dazu hat nicht zuletzt die Politik der letzten Jahrzehnte geführt. Noch so markig formulierte Kritik an „kapitalen Finanzräubern“ hilft nichts, wenn die alte Politik fortgesetzt wird, und die großen Unternehmen weiter auf Kosten des Gemeinwesens entlastet werden.

Lass´ die Finger von Venezuela...

sollten alle Linken den Kapitalisten in den USA, der venezolanischen Oberschicht und den für sie arbeitenden Geheimdiensten drohen. Wenn wir denn was zum drohen hätten. Haben wir aber nicht, drum halten wir eben im Takt vom „Fettes Brot“-Ohrwurm „Lass´ die Finger von Emanuela“ zumindest symbolisch die Internationale Solidarität hoch. Aber warum eigentlich? Was passiert denn in diesem relativ kleinen (flächenmäßig etwas größer als Deutschland), erdölreichen Land, das im Norden Südamerikas, schräg gegenüber von Kuba und Jamaika und neben Kolumbien liegt?

Bei den Preisen die derzeit an den Tankstellen für einen Liter Sprit hingelegt werden, müsste so ein Erdöl-Land eigentlich auf dem Weg zu steinreich sein. Ist es auch. Aber die Mehrheit der Bevölkerung ist es nicht. Um überhaupt genug zum Leben zu haben, sah sich diese verarmte Mehrheit gezwungen, der heimischen „Elite“ mal eins aus-

zwischen: 56 Prozent wählten 1998 den linken General Hugo Chávez zum Präsidenten. Und was zunächst nur nach einer kurzen Regierungs-Episode eines typischen Gringo-Volkstriebuns aussah, entwickelte sich zu einem revolutionären Prozess, dem Venezolanischen Prozess.

Candelario Reina, Autor aus Venezuela und Mitglied der Regierungspartei, berichtete vor kurzem im KulturBahnhof über diesen Prozess. Zwar ist, auch nach seiner Darstellung in seinem Land nicht innerhalb von sieben Jahren das Paradies ausgebrochen. Doch durch zahlreiche Reformen zu ihren Gunsten sei die Bevölkerung aus ihrer politischen Lethargie erwacht und beteilige sich aktiv und kämpferisch an der Veränderung ihres Landes. Und diese Veränderung bedeutet kurzfristig: Mehr Gerechtigkeit bei Bildung und Gesundheitsversorgung. Weil die venezolanischen Ärzte lieber gegen Barzahlung in ihren Privatpraxen behandeln, als im Krankenhaus auf Versicherungsschein, sind inzwischen viele kubanische Ärzte im Land, gibt es ein alternatives Gesundheitssystem. Seit kurzem

gibt es in Venezuela außerdem Fortschritte bei der Landverteilung. In ganz Südamerika stehen sich wenige Großgrundbesitzer und hunderttausende landlose Familien gegenüber. Venezuela ist das einzige Land, das aktuell eine Reform dieser Ungleichverteilung anpackt. Alles Land, das der Eigentümer nicht absolut wasserdicht als sein Eigentum ausweisen kann, wird vom Staat an die landlosen Kleinbauern verteilt.

Langfristig bedeutet der venezolanische Prozess übrigens eine Umwandlung der Wirtschaft in eine sozialistische. Candelario Reina erklärte dieses Ziel für relativ neu. „Der ständige Widerstand der Oberschicht führte dazu, dass wir jetzt in eine Richtung gehen, an die wir vorher eigentlich gar nicht gedacht hatten“, erklärte Reina im KuBa. Soll heißen, erst die Abneigung der Reichen gegen jede Form von sozialer Gerechtigkeit hat die Masse der Armen erkennen lassen, dass ihre Armut etwas mit dem System Kapitalismus zu tun haben könnte. Aber seit sie das einmal erkannt haben...

Schwindende Massenkaufkraft

Ein Arbeiter geht 2001 in den wohlverdienten Ruhestand. Im ersten Jahr seiner Rentnerzeit steigt die Rente um 1,6%, im Jahr darauf um 1,04%, im Jahr 2004 gibt's keine Erhöhung, dafür höhere Beiträge zur Pflegeversicherung. Somit sinkt seine Rente. 2005 gibt's wieder keine Rentenerhöhung. Doch er hat Glück, weil er Kinder hat, werden ihm keine 0,25% abgezogen. (Wegen des demoskopischen Faktors, sagt man, müssen die Kinderlosen bestraft werden.) Die Rente ist also in fünf Jahren um 1,71% oder ganze 25,06 Euro bei dem Beispiel-Rentner gestiegen. Die Preissteigerungen addieren sich in dieser Zeit auf mindestens 4 bis 5%. Da ist die Gesundheits"reform" (Zuzahlung bei Medikamenten, Zahnersatz, Praxisgebühr, Wegfall von Leistungen etc.) noch gar nicht eingerechnet.

Noch Fragen, warum die Bürger Kaufzurückhaltung üben? Noch Fragen, warum von schleichender Altersarmut gesprochen wird? Während Wirtschaftswissenschaftler meinen, die Verbraucher würden aus Vorsicht vor unsicherer Zukunft Investitionen aufschieben, meldet die Bankenwelt, dass die Verbindlichkeiten

aus Dispo-, Raten- und sonstigen Konsumentenkrediten für Pkw, PC oder Urlaub auf 237 Mrd. Euro – mehr als die Einnahmen des Bundeshaushaltes – gestiegen seien. R. D.

Zwischenruf

„Sittenwidrig“, „skurril“, „Sklavenmarkt“, „moderne Tagelöhnervermittlung“: Mit diesen Begriffen empörten sich sog. Arbeitsmarktexperten über die Webseite www.jobdumping.de, auf der man seine Arbeitskraft versteigern kann, wobei natürlich das niedrigste, nicht etwa das höchste Angebot zum Zuge kommt. Natürlich ist das menschenverachtend und pervers. Es verwundert aber, das so was noch jemanden wundert, ist doch die Entwicklung derartiger Internetbörsen nichts anderes als ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Zustände, die Wirtschaft, Medien und Politik in der Vergangenheit konsequent herbeigepresst, -geschrieben und -beschlossen haben. Der 32jährige Betreiber von job-dumping.de übrigens studiert nebenbei Katholische Sozialarbeit. Der selige Oswald von Nell-Breuning, Nestor der Katholischen Soziallehre, wird sich dort oben die Haare raufen.

Ja, was denn nun?

In der Frankfurter Rundschau, 19.4. lesen wir die Überschrift: „Jusos pflanzen Bäume für die Ururenkel“. Wir erfahren, dass in einem Areal an der A5 Buchen gesetzt wurden. Und Revierförster Ingo Waltz erklärt: „Heute wird Laubwald in Mischung mit Kiefer bevorzugt“. Lesen wir richtig? Ja, er fährt fort: „*Ein Mischwald bringt nicht nur mehr und besseres Holz hervor, er ist auch ökologisch wertvoller, weil darin mehr Tier- und Pflanzenarten vorkommen.*“

Wir reiben uns die Augen. Lesen wir nicht in der gleichen Zeitung am 12.2. einen Artikel, in dem Forstamtsleiter Dr. Hammes die Kahlschläge im Naturschutzgebiet mit dem genauen Gegenteil rechtfertigte?

Hier wird der Mischwald geradezu als Sünde wider die Natur behandelt: „*Die Obere Naturschutzbehörde beim Darmstädter Regierungspräsidium hat uns dazu angehalten, aus dem ursprünglich reinen Eichenwald des Mönchbruch Nadelbäume zu entfernen.*“ Und warum? Es sei „*Ziel des Pflegeplanes, alle Nadelbäume aus dem mit 930 Hektar zweitgrößten Naturschutzgebiet Hessens zu entfernen.*“ Denn diese Nadelbäume seien „*nach Meinung der Oberen Naturschutzbehörde im Eichenwald nicht heimisch.*“

Und am 1. 4. lasen wir in der FR sogar, Kiefern seien „*standortfremde Bäume*“, schlimmer noch, „*Fremdgehölze*“. Aber auch Laubbäume haben es im hiesigen Wald schwer, ihr Dasein vor der Forstbehörde zu rechtfertigen. An der Krümmen Schneise z.B. wurden keine Nadelbäume, sondern so an die hundert „*Eichen und Hainbuchen entnommen.*“ Und warum nun das?

„*Die von uns geschlagenen Eichen sind Roteichen, die einst vom Forst hier angesiedelt wurden,*“ belehrt uns Dr. Hammes. Das sei aber falsch gewesen, denn „*die Stieleiche sei der hauptsächlich vorkommende Baum.*“

Da wollen wir doch hoffen, daß die von den Jusos für den Forst gepflanzten Autobahnbucher wirklich die Chance bekommen, 180 Jahre alt zu werden, bis sie „*geerntet werden,*“ und nicht vor Ablauf der Frist von Dr. Hammes als Fremdgehölze geoutet und „*entfernt*“ werden.

Desaströse Stadtfinanzen

In Sachen Stadtfinanzen ist man an Hiobsbotschaften gewöhnt. Jüngstes Beispiel ist die Nichtgenehmigung des Kreishaushalts 2005 durch das Regierungspräsidium. Es war zu lesen, dass die Schulden des Kreises drastisch steigen und die Spielräume für politisches Gestalten immer kleiner werden. Es besteht die Gefahr, dass Pflichtaufgaben (Sozialhilfe, Gesundheit, Schule . . .) nicht mehr erledigt werden können. Sport und Kultur sind heute schon Stiefkinder der Kreispolitik. Der Vorschlag des RP: Heraufsetzen der Kreisumlage in 2005 um 3%-Punkte und 2006 um nochmals 2%. Ein Prozent bedeutet für unsere Stadt 260.000 Euro. In der Summe 1,3 Mill. Euro ab nächstem Jahr. Das kumulierte Defizit des Stadthaushalts war Ende 2004 bereits auf 7,2 Mill. Euro angewachsen. Der Haushalt 2005 weist einen Fehlbetrag von 2,3 Mill. aus. Die allgemeinen Deckungsmittel sind rückläufig. Man rechnet bis 2008 mit einer Gesamtdeckungslücke von 10,6 Mill. Euro. Das ist ohne eine höhere Kreisumlage gerechnet. Man ahnt das Desaster. Mit befristetem Einstellungsstopp in der Verwaltung, Reduzierung der Vereinsbezuschussung und Haushaltssperre ist dem nicht abzuwehren.

Das alles passiert in einem Kreis, der eine enorme Dichte an Industrieunternehmen hat. Aber wenn die „Globalplayer“ keine Steuern mehr zahlen, weil Bundesgesetze dies zulassen, wird sich kein Silberstreif am Finanzhimmel zeigen.

Der Ruf nach einer Finanzreform zugunsten der Kommunen und Landkreise wird nur dann etwas bringen, wenn das ganze System in Frage gestellt wird. R. D.



Von der Arbeiter-Olympiade zur Commerzbank-Arena

Im Juni wird das neue Frankfurter Stadion mit dem Eröffnungsspiel im Rahmen des Fifa-Confederations-Cup eingeweiht. Ab dann soll das Stadion „Commerzbank Arena“ heißen. Das Frankfurter Stadion an gleichem Platz wurde vor 80 Jahren, am 24. Juli 1925, mit der Arbeiter-Olympiade eröffnet.

„Steht auf ihr Verdammten“, steht in französischer Sprache auf der roten Fahne. Unter den Füßen die verhassten Symbole des Militarismus und Faschismus. So wurde auf Plakaten für die 1. Arbeiterolympiade geworben, die vom 24. bis 28. Juli 1925 im neuen Frankfurter Waldstadion stattfand.

Beim Einmarsch der Arbeitersportler erklang die Internationale. Nationalfahnen gab es nicht. Auf roten Transparenten der 12 Delegationen war der Name des teilnehmenden Landes vermerkt. Mit der Arbeitersport-Olympiade in Frankfurt wurde damals das Waldstadion eingeweiht. Fünf volle Tage lang dauerte diese erste internationale Arbeitersport-Demonstration.

Höhepunkt - neben den umfassenden Sportwettkämpfen - war der Festzug durch die Straßen von Frankfurt. 60.000 Teilnehmer marschierten unter den Klängen ihrer Spielmanszüge und Musikkapellen durch die von Menschenmassen umsäumten Straßen. Es nutzte dem damaligen Reichswehrministerium nichts, daß es ein Teilnahmeverbot für

die Angehörigen des Heeres und der Marine aussprach. Soldaten und Matrosen marschierten Seite an Seite mit den Arbeiter-Turnern und Arbeiter-Sportlern unter deren roten Fahnen und ihren Losungen „Nie wieder Krieg!“ im Festzuge mit.

Zur 1. Arbeiter-Olympiade trafen sich Arbeitersportler aus den organisierten Arbeitersportverbänden der „Sozialistische Arbeitersport-Internationale“ aus Finnland, England, Frankreich, Polen, Lettland, der CSSR, Österreich, der Schweiz und dem gastgebenden Deutschland.

Sportler aus acht Ländern, darunter 143 Arbeitersportler, kämpften in 44 Disziplinen um den Sieg. Erwartungsgemäß gestalteten sich die Wettkämpfe zu einem Zweikampf zwischen den finnischen und deutschen Sportlern. Groß war allerdings die Überlegenheit der Finnen, die in den 44 Disziplinen 31 mal den Sieger stellten.

Eine Sensation brachte der 4 x 100-Meter-Lauf der Frauen. Die Staffel der Frauen vom deutschen „Arbeiter-Turn- und Sportbund“ hatte den Weltrekord unterboten. Der Jubel war groß, als die Schlußläuferin mit 51,3 Sekunden durchs Ziel gelaufen war. So schnell war zuvor noch keine Frauenstaffel der Welt gelaufen!

Die 1. Arbeiter-Olympiade war für die deutschen Arbeitersportler weit mehr als nur eine Gelegenheit zum sportlichen

Leistungsvergleich. Sie war für sie ein Bekenntnis zur Olympischen Idee des Humanismus, des Friedens und der Völkerfreundschaft. Sie war zugleich eine mächtige Demonstration gegen die reaktionäre Politik der Bourgeoisie und ihrer Sportverbände. Im Festzug mitgeführte Losungen, wie „Nieder mit dem imperialistischen Krieg“, „Kämpft für den Acht-Stunden-Tag“ und „Arbeiter heraus aus den nationalistischen Sportverbänden“, offenbarten den proletarischen Klassencharakter der 1. Arbeiter-Olympiade.

Achtzig Jahre später hat die Commerzbank verkündet, dass sie sich für mindestens 10 Jahre das Namensrecht am Waldstadion gesichert habe.

Der Werbechef der Bank: *„Die Bank mußte in den vergangenen fünf Jahren Entscheidungen treffen, die nicht überall Freude ausgelöst haben.“* Deshalb soll jetzt mit sieben Meter hohen Buchstaben, auf dem Stadion die Commerzbank leuchten. Damit wieder „Freude“ aufkommt will man in das Projekt ca. 20 Millionen Euro hineinstecken.

Die Eintracht-Fan-Gemeinde hat jetzt verkündet ab sofort bei jedem Spiel ein Transparent aufzuhängen: „Für immer Waldstadion.“ Ein Eintrachtler frozelt derweil im Internet: Hätte schlimmer kommen können. Zum Beispiel die Umbenennung in „Josef-Ackermann-Field“.

blickpunkt

Besuchen sie uns im Internet
www.dkp-mw.de

Stadtgeschichten



Viele, die sich „das edle Gemüse“, wie der Spargel auch genannt wird, auf der Zunge zergehen lassen, wissen oft nicht, welche Arbeit von der Anpflanzung bis zur Ernte damit verbunden ist. Schon vor etwa hundert Jahren versuchten auch in unserer Gegend einige Bauern, das in den Städten gut bezahlte Gemüse anzupflanzen. Hierzu mußten zuerst einmal im Frühjahr 50 cm tiefe Gräben mit der Schippe von Hand ausgehoben werden.



Unser heutiges Foto stammt aus dem Jahre 1958 und zeigt Katharina (Käthel) Becker geb. Winson aus der Mörfelder Straße in Walldorf, auf ihrem Acker am Mörfelder Weg. Sie ist gerade beim Setzen der Spargelpflänzchen, einer schweren, auf's Kreuz gehenden Tätigkeit. Heute erledigen Maschinen diese Arbeiten vor der Ernte. Erst im dritten Jahr nach der Pflanzung ist an Ernte zu denken und da nur verkürzt, um die Pflanze noch zu schonen. Das zweimalige Spargelstechen am Tag dauert nur von Ende April bis Ende Juni. Man kann 5 bis 8 Jahre lang ernten, früher hat man 15 bis 20 Jahre lang „gestochen“. Der Spargelanbau, auf dem hiesigen Sandboden besonders gut geeignet, war über Jahrzehnte auch in Walldorf und Mörfelden bei den vielen Nebenerwerbsbauern eine willkommene Aufbesserung ihres Arbeitslohnes und der oft niedrigen Rente. Seit den 1970er Jahren erfolgt der Spargelanbau in unserer Gemarkung fast nur noch durch auswärtige Landwirte, die während der Erntezeit viele Saisonarbeiter aus dem Ausland einsetzen.

Sonntag, 17. Juli 2005, 20 Uhr

Liederabend im KuBa mit „Quijote“

Die Gruppe „Quijote“ aus Chemnitz präsentiert ihr Programm „Nur diese eine Schwalbe - Lieder von Mikis Theodorakis in deutscher Sprache.“

Lieder aus verschiedensten Schaffensperioden. Ein Programm, mit dem „Quijote“ auch schon bei Veranstaltungen in Griechenland - der Heimat des großen Komponisten Mikis Theodorakis - große Beachtung gefunden hat.

60 Jahre nach der Befreiung vom deutschen Faschismus, der auch in Griechenland blutige Spuren hinterlassen hat, ein wichtiger Beitrag für Kultur und Politik.

Eine Veranstaltung der DKP/Offene Liste Mörfelden-Walldorf und der PDS/Offene Liste im Kreistag Groß-Gerau - Eintritt: 5 Euro

Unser Lexikon

Schbrisch

Der hott e Gesischt,
als wann de Deiwel
Erbse druff
gedrosche hett.